

Antrag 01

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen Landesvorstand

Antragsthema: Leitantrag

Antragsbegehren:

Der 13. Landesparteitag DIE LINKE. Hessen möge beschließen:

1 Für einen Neustart aus der Krise: sozialer, ökologischer und 2 friedlicher

3 DIE LINKE. Hessen vor Ort: sozial und konsequent

4 Die Corona-Pandemie und die notwendigen Gegenmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit
5 haben eine sich ohnehin abzeichnende Wirtschaftskrise weiter verschärft. Die Folge: Ein
6 dramatischer Anstieg von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Insolvenzen. Für Menschen, die
7 ohnehin im Niedriglohnssektor schufteten, reicht das Kurzarbeitergeld kaum zum Leben. Für
8 diejenigen, die von Transferleistungen betroffen sind, wurde schon eine kurzzeitige
9 Schließung der Tafeln zu einem existenziellen Problem. Wer als Freiberufler*in keine
10 Aufträge und auch keine staatliche Hilfe bekommt, weiß nach Auslaufen des
11 Mietmoratoriums nicht, wie zukünftig die Miete aufgebracht, geschweige denn die
12 gestundeten Monatsmieten je zurückgezahlt werden sollen. Wer prekär beschäftigt war,
13 verlor schnell seinen Job. Die Folgen der Pandemie: Millionen Menschen bangen um ihre
14 Existenz. Wie in einem Brennglas sind bestehende Probleme in der Krise noch schärfer
15 hervorgetreten. Der Klassencharakter der Krise ist unübersehbar.

16 Aber auch andere Probleme sind nicht verschwunden: Die Klimakrise droht weiterhin, die
17 Grundlagen menschlichen Lebens zu zerstören. Aufrüstung, Großmachtstreben und Kriege
18 sind eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Unter dem Vorwand der
19 Pandemie versuchen Konzerne, technologische Veränderungen für gigantische
20 Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Beschäftigten zu nutzen. Und die
21 Rechtsentwicklung verschärft sich weiter.

22 Diese Entwicklungen zeigen: Nach der Krise darf es kein Weiter so geben. DIE LINKE. Hessen
23 setzt sich dafür ein, dass aus der Krise heraus ein Neustart für eine soziale, ökologische und
24 friedliche Politik gelingt und die Kosten der Krise nicht erneut auf die Breite der Bevölkerung
25 abgewälzt, sondern von den Reichen und Vermögenden gezahlt werden. Wir kämpfen für
26 eine einmalige Vermögensabgabe, weil starke Schultern mehr tragen können und müssen –
27 gerade auch um die Folgen der Pandemie zu meistern.

28 In der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die herrschende Politik die Banken als systemrelevant
29 verklärt und mit gigantischen Programmen gerettet. Die Corona-Krise hat gezeigt, welche
30 Tätigkeiten wirklich systemrelevant sind: z. B. Pflege von Alten und Kranken, Erziehung,
31 Einzelhandel und Reinigung. Berufe, die häufig prekär sind und überwiegend von Frauen
32 ausgeübt werden. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die diesen Tätigkeiten nachgehen
33 und streitet dafür, dass sie mehr als nur Applaus bekommen. Statt große Konzerne, die
34 Arbeitsplätze abbauen und in Steueroasen unterwegs sind, mit Milliarden zu stützen,
35 braucht es eine dauerhafte Aufwertung und Unterstützung der wirklich systemrelevanten
36 Tätigkeiten.

37 DIE LINKE. Hessen steht vor Ort sozial und konsequent an der Seite der von der Krise
38 Betroffenen, welche oftmals dieselben sind, die in der Anfangsphase der Pandemie als
39 Held*innen beklatscht worden sind.

40 **Kommunalwahl 2021: Konsequent für soziale Gerechtigkeit, ökologische** 41 **Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden in lebenswerten Städten und** 42 **Gemeinden**

43 Der Einsatz für sozialere, ökologischere und gerechtere Verhältnisse beginnt vor Ort. Linke
44 Kommunalpolitik bedeutet für uns das Engagement für ein gutes Leben für Alle in
45 lebenswerten Nachbarschaften, Stadtteilen, Dörfern und Städten. Vor Ort verbinden wir
46 Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Vorschlägen, die die
47 Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

48 Die Corona-Pandemie traf auch das Zusammenleben in den Kommunen in voller Härte.
49 Kommunale kulturelle und soziale Einrichtungen mussten schließen, ebenso wie viele
50 Geschäfte in den Innenstädten. Abstandsgebote und soziale Distanz veränderten das
51 Alltagsleben auf unseren Straßen und Plätzen; und das Grundrecht auf Meinungs- und
52 Versammlungsfreiheit musste unter den Bedingungen der Pandemie erst wieder erstritten
53 werden. In der Krise sind Menschen aber auch zusammengerückt, haben ihren Nachbarn
54 geholfen, Netzwerke zur Unterstützung von Schwächeren gebildet. Die Solidarität der
55 Menschen im Krisenalltag könnte ein Ausgangspunkt für neue Formen der Kooperation und
56 Vergemeinschaftung vor Ort sein. Daran wollen wir anknüpfen. Und in unserem
57 Kommunalwahlkampf auch einen Schwerpunkt auf schützenswerte Räume in den
58 Kommunen legen, die angesichts der Pandemie (weil sie nicht gewinnorientiert sind)
59 untergehen.

60 In der Kommunalwahl wollen wir unsere Stärken stärken und unsere Kernkompetenz Soziale
61 Gerechtigkeit nach vorne stellen, daher senden wir folgende Botschaften.

62 Wir wollen:

63 **Armut und Arbeitslosigkeit bekämpfen. Arbeit anders/neu denken.** Die soziale Spaltung
64 sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und
65 Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben
66 werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigt
67 die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der
68 sozial Ausgegrenzten zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu
69 ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE eine kostenlose bzw. kostengünstige
70 Daseinsvorsorge, z. B. gebührenfreie Kitas und Ganztagschulausbau mit gesundem und
71 kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und
72 armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (Bäder,
73 Museen öffentlichen Verkehrsmittel und vieles mehr) gewährt. Langfristig streben wir die
74 Gebührenfreiheit für alle an.

75 Die Corona-Pandemie verstärkt die soziale Ungleichheit. Wer schon vor Corona finanziell
76 schlecht gestellt war, ist von den Auswirkungen stärker betroffen. DIE LINKE wendet sich
77 dagegen, dass die Schwächsten der Gesellschaft für die Kosten der Corona-Krise, durch
78 drohende Sozialkürzungen in den Kommunen, aufkommen. Der steigenden Arbeitslosigkeit
79 setzen wir öffentliche Beschäftigungs-, Transformations- und Qualifikationsprogramme in
80 den Kommunen entgegen und fordern Tariftreue und soziale und ökologische Standards bei

81 der Vergabe ein. Gemeinwesenarbeit, Frauenhäuser und Projekte gegen Gewalt wollen wir
82 stärken.

83 Nach wie vor, wird der überwiegende Teil der familiären Sorgearbeit von Frauen getragen.
84 Ökonomische Zwänge führen vielfach dazu, dass sich hieran wenig ändert; und Krisen
85 verschärfen die vielfältigen Belastungen für Frauen besonders. Als Linke suchen wir nach
86 Auswegen aus dieser Geschlechterfalle.

87 **Digitales und Arbeit**

88 Arbeit ist kaum mehr der klassische 9 to 5 Job; und in der Krise verschwamm auch die
89 Trennung Arbeit und Privatleben. Die Digitalisierung hat im Arbeitsbereich einen enormen
90 Sprung gemacht. Hier müssen Mittel und Weg gefunden werden, dass Heimarbeit nicht
91 Arbeit ohne Limit heißt und dass technischer Fortschritt nicht Verlust von Arbeitsplätzen
92 bedeutet. Außerdem müssen durch Schulungen und Weiterbildungen alle teilhaben können.

93 **Wohnen bezahlbar für alle machen und sozial, öffentlich und klimaneutral bauen.** Wohnen
94 ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt. Doch die Situation im Ballungsraum
95 Rhein-Main, in den großen und mittleren Städten Hessens spitzt sich immer weiter zu. Die
96 Mieten steigen hier seit Jahren dramatisch an. Dadurch werden Menschen mit geringem und
97 mittlerem Einkommen aus ihren angestammten Quartieren verdrängt. Die Corona-Krise
98 droht diese Entwicklungen noch zu verschärfen. Das will DIE LINKE stoppen. Soziale
99 Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter
100 dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen
101 werden. Wir setzen uns ein für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Wohnungsbestände und
102 von Genossenschaften, für eine massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus –
103 barrierefrei und klimaneutral, für eine soziale Boden- und Grundstückspolitik und für die
104 Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts. Um die Folgen der Pandemie zu lindern, fordert
105 DIE LINKE einen Kündigungsverzicht in öffentlichen Wohnungsbeständen und einen
106 Mietschuldenfonds unter Beteiligung von Wohnungsunternehmen.

107 **Für ein lebenswertes Leben auf dem Land sorgen.** Während das Bevölkerungswachstum in
108 den Ballungsgebieten immer weiter ansteigt, entwickelt sich die Situation auf dem Land in
109 eine andere Richtungen: Schulen schließen, der Einzelhandel stirbt, Ämter und Behörden
110 werden zentralisiert, die Gesundheitsversorgung nimmt ab, Arbeits- und Ausbildungsplätze
111 in mittelständischen Unternehmen gehen verloren. Junge Menschen ziehen oftmals vom
112 Land in urbane Gegenden. Aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie könnte für einige
113 Menschen das Leben auf dem Land und ‚im Grünen‘ wieder attraktiver werden. Dafür
114 müssen aber lebenswerte Strukturen geschaffen werden. DIE LINKE setzt sich nicht erst jetzt
115 dafür ein, dass die Menschen überall Arbeit und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und
116 kulturellen Angeboten haben, egal wo sie leben. Dafür wollen wir bestehende Strukturen
117 (Arztpraxen, Schulen, Dorfgemeinschaftshäuser, Nahversorgung) erhalten und neue schaffen
118 sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze fördern. Zuerst muss die Telefon- wie
119 Internetinfrastruktur ausgebaut werden, kein Netz, keine Arbeitsplätze. Wir fordern
120 flächendeckendes Internet in Hessen und W-Lan in allen öffentlichen Gebäuden.

121 **Verkehrswende jetzt - Nahverkehr ausbauen und Preise senken. Mobilität auf dem Land
122 anders denken.** Unsere Städte ersticken im Autoverkehr, Busse, Straßen- und S-Bahnen
123 platzen noch immer aus allen Nähten, während auf dem Land immer weniger Busse fahren.
124 Um dem Klimawandel zu begegnen und Mobilität für alle zu gewährleisten, setzt sich DIE
125 LINKE dafür ein, den Öffentlichen Nahverkehr barrierefrei auszubauen (mehr Fahrzeuge,

126 Strecken, Personal), die Fahrpreise zu senken mit dem Ziel Nulltarif. In ländlichen
127 Gemeinden wollen wir eine bessere ÖPNV-Anbindung und die Reaktivierung stillgelegter
128 Bahnstrecken. Insbesondere in den Städten wollen wir weg vom motorisierten
129 Individualverkehr mit seinem Lärm, Abgasen und Flächenverbrauch hin zu einer
130 konsequenten Förderung des Radverkehrs und der Fußgänger*innen und autofreien
131 Innenstädten. DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch
132 unverantwortliche Großprojekte wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens und fordert das
133 Nachtflugverbot auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr auszuweiten und die Flugbewegungen zu
134 begrenzen. Außerdem steht DIE LINKE gegen jeden neuen Autobahnbau, der Natur und
135 Lebensgrundlage von Menschen und Tieren zerstört, wie etwa bei der A49. Der Airport
136 Kassel-Calden muss zu einem Verkehrslandeplatz zurückgestuft werden.

137 **Klimagerechte Kommune, sozial gemacht, auf allen Ebenen.** Immer mehr Kommunen rufen
138 – oft auf Initiative oder mit Unterstützung der LINKEN – den Klimanotstand aus. Jede
139 Maßnahme der öffentlichen Hand in den Kommunen muss einer Prüfung über die
140 Auswirkungen auf das Klima unterzogen werden. Klimaschutz erfordert vor Ort ernsthafte
141 Maßnahmen für eine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende. Eines ist aber auch klar: Echte
142 ökologische Nachhaltigkeit wird innerhalb eines wachstumsgetriebenen Kapitalismus nicht
143 realisierbar sein.

144 DIE LINKE setzt sich für eine Energieversorgung in öffentlicher Hand, in kommunalen
145 Eigenbetrieben und Genossenschaften ein. Ziel ist es, Investitionen in erneuerbare Energie
146 zu erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen in den Kommunen zu
147 fördern. DIE LINKE unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen, regionalen und kommunalen
148 Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der
149 naturschutzrechtlichen Bestimmungen. Die Energieversorgung muss bezahlbar, sozial und
150 ökologisch nachhaltig sein. DIE LINKE fordert eine Sozialstaffelung bei Energiekosten und
151 lehnt Stromsperrern ab. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss mit
152 Energieeinsparungen Hand in Hand gehen. Kommunen müssen jeden Ansatz
153 ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparen und Abfallvermeidung, z.B. durch
154 kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte oder
155 Repair Cafés unterstützen. Eine regionale und klimafreundliche Landwirtschaft muss auch
156 vor Ort gefördert werden.

157 **Keinen weiteren Ausverkauf der Kommune. Daseinsvorsorge erhalten: Gesundheit,**
158 **Soziales und Kultur stärken**

159 DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der
160 öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher
161 Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Erziehung, Bildung,
162 Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher
163 Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche
164 Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche
165 privater Kapitaleigner erfüllen. Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für
166 die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der
167 Beschäftigten verschlechtern. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung vormals
168 privatisierter Bereiche ein. Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem
169 Krankenhäuser, Wohnungsgesellschaften und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem
170 Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten
171 greift, stellen sich die gleichen negativen Folgen ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die

172 Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten
173 verschlechtern sich. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sind mehr demokratische Kontrolle
174 und Rücknahme der Kommerzialisierung notwendig. DIE LINKE fordert eine Rückführung
175 privatisierter Einrichtungen in kommunale Eigenbetriebe.

176 **Geld ist genug da. Reichtum besteuern und Sozialstaat ausbauen.** In unseren Kommunen
177 hat sich über Jahre und Jahrzehnte ein massiver Investitionsstau angehäuft. Schulen,
178 Schwimmbäder, Sportstätten und vieles mehr wurden in den letzten Jahren auf Verschleiß
179 gefahren. Aus Kostengründen wurden kommunale Krankenhäuser privatisiert, Ausgaben für
180 Soziales und Kultur gedeckelt sowie Gebühren und Grundsteuern massiv erhöht.

181 Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen auch die Kommunen mit voller Wucht.
182 Steuereinnahmen brechen weg, andere Einnahmen bleiben aus. Hinzu kommen wachsende
183 Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, die einen weiteren Mitteleinsatz notwendig
184 machen. Bund und Land haben erste Maßnahmen ergriffen, aber nicht alle Verluste werden
185 kompensiert werden. Bereits vor Corona wurde die öffentliche Infrastruktur verschlissen,
186 waren die Kommunen drastisch unterfinanziert. Die Schuldenbremse im Bund und Land
187 wurde mit fatalen Folgen auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Oftmals werden
188 Kommunen in einen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Sätze bei der Gewerbesteuer
189 getrieben. Wenn jetzt nicht umgesteuert wird, drohen dramatische Kürzungsrunden in den
190 Kommunen in den nächsten Jahren, die die soziale Spaltung weiter vorantreiben.

191 Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend
192 ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die
193 allen Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden. In der Krise setzen wir uns
194 dafür ein, dass die Krisenkosten nicht wieder auf breite Teile der Bevölkerung abgewälzt
195 werden. Wir wollen mit einer einmaligen Vermögensabgabe die Reichen zur Kasse bitten.
196 Wer das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will, muss auch die
197 ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen
198 Händen angehäuft wird.

199 **Mitbestimmung der Bürger*innen stärken**

200 Bürgerentscheide nehmen auf kommunale Ebene immer weiter zu. Dies zeigt ein
201 gesteigertes Interesse an kommunalen Themen und Entscheidungen der Politik – wir wollen
202 die Menschen mitentschieden lassen und unterstützen. Auch auf kommunaler Ebene
203 werden wir deutlich machen, dass notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen oder in
204 die Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an dem mangelnden Willen, die
205 Großunternehmen, Reichen und Mächtigen angemessener an der Finanzierung unseres
206 Gemeinwesens zu beteiligen.

207 DIE LINKE verbindet die Arbeit in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen,
208 Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten mit außerparlamentarischem Engagement. Unsere
209 Bündnispartner*innen sind Stadtteilinitiativen, Recht-auf-Stadt-Bewegungen, lokale Agenda-
210 Gruppen, Aktionsgruppen für bezahlbaren Wohnraum und gegen Gentrifizierung,
211 Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, Klima-
212 und Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und viele andere.

213 Auch vor Ort setzen wir unser Engagement für einen grundlegenden Politikwechsel fort. Um
214 die Verhältnisse gerechter, ökologischer, sozialer und friedlicher zu machen, sind wir auch
215 vor Ort zu einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit. Wir gehen jeden Schritt in die
216 richtige Richtung, aber keinen in die falsche. Je stärker DIE LINKE, desto größer der Druck für

217 soziale Gerechtigkeit. Dabei gilt für uns: DIE LINKE beteiligt sich nicht an einer Politik, die
218 Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt.

219 **Bundestagswahl 2021: Wer zahlt die Kosten der Krise?**

220 Als Antwort auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben die Regierenden in Berlin
221 temporär die Schuldenbremse ausgesetzt, die „Schwarze Null“ über den Haufen geworfen
222 und milliardenschwere Programme auf den Weg gebracht. Diese Programme beinhalten
223 zwar durchaus auch materielle Zugeständnisse für Teile der Bevölkerung, sollen aber vor
224 allem den Interessen der Unternehmen dienen, beinhalten Ungerechtigkeiten, setzen
225 falsche Prioritäten und erreichen nicht alle Gruppen, die sozialen Schutz benötigen.

226 Die Vorstellungen von Neoliberalismus und Austerität sind auch nur zeitlich befristet
227 ausgesetzt, um den „freien Markt“ mit Hilfe des Staates zu retten. Die Gefahr ist groß, dass
228 der Austeritätskurs nach der Krise fortgesetzt, ein neuer Klassenkampf von oben eingeleitet
229 wird. Es drohen massive Kürzungen öffentlicher Aufgaben, eine weitere Demontage des
230 Sozialstaats und eine Sozialisierung der Unternehmensverluste. Zahlreiche Konzerne haben
231 Arbeitsplatzabbau angekündigt und sanieren sich damit im Fahrwasser der Krise auf Kosten
232 der Beschäftigten.

233 Dabei hat uns die Pandemie vor Augen geführt, dass der freie Markt die Probleme eben
234 nicht löst, dass Profitstreben das Gemeinwesen aushöhlt, dass ein handlungsfähiger Staat
235 und gefestigte soziale Sicherungssysteme dringend benötigt werden und dass
236 Privatisierungen und Kürzungen gefährliche Irrwege sind.

237 Für die bestehenden Missstände tragen die Bundesregierungen des letzten
238 Vierteljahrhunderts (SPD und Grüne, Große Koalition, Schwarzgelb) die Verantwortung, weil
239 sie die Segel auf einen neoliberalen Kurs gesetzt und damit die massive soziale Spaltung im
240 Land vorangetrieben haben. Heute besitzen die 45 reichsten Haushalte in Deutschland so
241 viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, die reichsten 5 Prozent so viel wie die anderen
242 95 Prozent. Während sich in der CDU Stimmen mehren, den Verteilungskampf sogar noch zu
243 verschärfen, kann sich die SPD trotz kleinerer Korrekturen noch immer nicht von der fatalen
244 Agenda-Politik lösen. Die Grünen scheinen ohnehin - wie zuvor bereits in Hessen - in
245 Richtung Schwarzgrün zu reisen. Allen drei Parteien ist gemein, dass sie an einer
246 Militarisierung der Außenpolitik, an Aufrüstung, Bundeswehreinsätzen und an der NATO
247 festhalten wollen.

248 DIE LINKE macht einen eigenständigen Wahlkampf und stellt die eigenen Schwerpunkte in
249 den Mittelpunkt:

250 **Der Kampf für soziale Gerechtigkeit:** Wir wollen einen Mindestlohn in Höhe von mindestens
251 13 Euro, Arbeitszeitverkürzung, die Überwindung von Hartz-IV zugunsten einer
252 menschenwürdigen Mindestsicherung, eine armutsfeste Alterssicherung und die Schaffung
253 von tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen

254 **Der Einsatz für Frieden und Abrüstung:** Wir wollen ein Verbot von Waffenexporten, ein
255 Stopp der Aufrüstung, ein Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Deeskalation und
256 Entspannungspolitik sowie Rüstungskonversion. Die Aufrüstung und Militarisierung der EU
257 lehnen wir ab. Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und gehört durch ein kollektives
258 Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzt, das Abrüstung zum Ziel hat.

259 **Den Streit für einen sozialökologischen Systemwechsel:** Schneller Ausstieg aus der Kohle,
260 Ausbau der regenerativen Energien, eine ökologisch nachhaltige Mobilitätswende, der

261 Umbau der Landwirtschaft und energetische Gebäudesanierung. Für die Industrie braucht es
262 ein Transformationsprogramm, welches ökologische Erneuerung mit sozialer
263 Beschäftigungssicherung unter Einbindung der Gewerkschaften verbindet.

264 **Das Engagement für eine gerechte Besteuerung des Reichtums:** Eine Vermögensabgabe zur
265 Finanzierung der Krisenkosten, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine
266 gerechte Erbschaftssteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz.

267 **Die Verteidigung der Grundrechte und der Kampf gegen rechts:** Wir kämpfen für einen
268 gesellschaftlichen Konsens des Antifaschismus und stellen uns mit Bündnispartner*innen
269 den alten und neuen Rechten immer und überall in den Weg. Wir stellen uns gegen
270 Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jede andere Form von Rassismus und
271 Diskriminierung.

272 Um diese Ziele zu erreichen, scheuen wir uns nicht, uns mit den Konzernen, Superreichen
273 und ökonomisch Mächtigen anzulegen. Uns ist klar: Für eine Veränderung der Politik reichen
274 nicht allein arithmetische Mehrheiten im Bundestag. Dafür braucht es breite
275 zivilgesellschaftliche Bündnisse und den Druck von sozialen Bewegungen auf die
276 parlamentarische Politik.

277 Wir machen auch im Bundestagswahlkampf deutlich: DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft
278 des demokratischen Sozialismus, frei von Ausbeutung des Menschen, Unterdrückung und
279 Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in
280 Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse
281 demokratisch gestalten können. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.

282 **Ein Neustart für Hessen statt schwarzgrünes Weiter so**

283 Auch CDU und Grüne in Wiesbaden mussten in Folge der Corona-Pandemie das Scheitern
284 ihrer Politik von Schuldenbremse und schwarzer Null erleben. In nur wenigen Wochen
285 warfen sie ihre lang tradierten Grundsätze über Bord und mobilisierten Milliarden, um die
286 Wirtschaft zu stützen. Das mit den schwarzgrünen Stimmen beschlossene Sondervermögen
287 ist Ausdruck des Scheiterns ihrer Finanzpolitik. Behaupteten sie in den letzten Jahren
288 gebetsmühlenartig es sei kein Geld da für wichtige soziale Maßnahmen, konnte ihnen jetzt
289 die Schuldenaufnahme nicht schnell genug gehen, getrieben von dem Wunsch ihr ideenloses
290 Weiter-So über die Legislaturperiode zu retten. Im Umgang mit der Pandemie hat die
291 Regierung unter Bouffier und Al-Wazir frühzeitig Möbel- und Autohäuser geöffnet und
292 Kindergarten- und Schulkinder samt ihren Eltern im Regen stehen lassen.

293 Auch vor Corona lag in Hessen einiges im Argen. Die schwarzgrüne Landesregierung versagt
294 bei der Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum, bei dem notwendigen
295 Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Land, bei einer bedarfsgerechten
296 Krankenhausfinanzierung und bei den Investitionen in die Sanierung unserer Schulen. Trotz
297 der inhumanen Lage an den europäischen Außengrenzen schaffen es CDU und Grüne bis
298 heute nicht, ein Landesaufnahmeprogramm für Menschen in Not aufzulegen.

299 DIE LINKE fordert ein großes Neustartprogramm für Hessen, um den Weg aus der Krise in ein
300 soziales, gerechtes und ökologisches Land einzuschlagen. Wir wollen mehr Geld für Bildung,
301 Investitionen in die Kommunen, einen gut ausgebauten ÖPNV, bezahlbare Wohnungen, eine
302 Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand und gut ausgestattete Schulen. Unter CDU-
303 geführten Regierungen ist Hessen zu einer Hochburg der Bedrohung von rechts geworden.
304 Nach dem bis heute nicht gänzlich aufgeklärten Mord des NSU an Halit Yozgat 2006,

305 ermordete ein nordhessischer Neonazi 2019 mutmaßlich den CDU-Politiker Dr. Walter
306 Lübcke. Im Februar 2020 wurden in Hanau bei einem Anschlag neun Menschen aufgrund
307 ihres Migrationshintergrunds brutal ermordet. Nahezu täglich finden sich Meldungen über
308 rassistische Übergriffe auf Migrant*innen, Flüchtlinge und Andersdenkende. Mögliche rechte
309 Netzwerke in der Polizei können über Monate hinweg ihr Unwesen treiben. Bis heute ist die
310 NSU-2.0-Drohserie gegen LINKE-Politiker*innen und antifaschistische Persönlichkeiten des
311 öffentlichen Lebens nicht aufgeklärt. Beim Kampf gegen Rechts versagt die schwarzgrüne
312 Landesregierung erbärmlich. Und im Hessischen Landtag bereitet die AfD mit ihren Hetz-
313 und Hasstiraden, auch gegen die politische Linke, den Boden, auf dem rechte und
314 mörderische Gewalt entsteht. Es ist kein Zufall, dass der mutmaßliche Mörder von Dr.
315 Lübcke der AfD im Wahlkampf half.

316 DIE LINKE stellt sich am entschiedensten den Nazis, Rechtspopulisten und Rassisten
317 entgegen. Wir engagieren uns im Landtag und in Untersuchungsausschüssen für Aufklärung
318 über das Versagen von Behörden. Und wir stehen solidarisch an der Seite aller Betroffenen
319 von Rassismus, Ausgrenzung und rechter Gewalt.

320 **Das macht Mut. Es bewegt sich was im Land**

321 Trotz der Pandemie bewegt sich was im Land: Zehntausende sind unter #blacklivesmatter
322 gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße gegangen. Im Dannenröder Forst
323 blockieren die Aktivist*innen #dannibleibt den Weiterbau einer unsinnigen Autobahn.
324 #wirhabenplatz ist die Antwort auf das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik in Moria
325 und anderswo. @dwenteignen stellt die Eigentumsfrage bei der Wohnungsversorgung
326 konkret. Abrüsten statt Aufrüsten bleibt die Losung der Friedensbewegung angesichts der
327 unverzeihlichen Verschwendung öffentlicher Ressourcen für Militär und Krieg. Bei
328 Continental und andernorts wehren sich Gewerkschaften gegen die Abwälzung der
329 Transformation auf die Beschäftigten und fordern soziale Sicherheit und gute Arbeit. DIE
330 LINKE. Hessen ist eine Partei in Bewegung. Auf Augenhöhe arbeiten wir weiter in und mit
331 Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Bündnissen.

332 In und mit diesen Bewegungen stellen wir die Eigentumsfrage und wollen auch in Zukunft
333 folgende eigene Schwerpunkte setzen:

334 **Bezahlbar Wohnen:** Aktiv werben wir für einen hessenweiten Mietendeckel, für ein
335 Sofortprogramm für 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr in Hessen und für eine
336 Vergesellschaftung börsennotierter Immobilienkonzerne.

337 **Krankenhäuser in öffentliche Hand:** Es braucht mehr Personal in der Pflege, gesetzliche
338 Standards, eine Aufwertung der Kranken- und Altenpflege sowie ein großangelegtes
339 Programm zur Rekommunalisierung von Krankenhäusern.

340 **Gute Arbeit in sozialer Sicherheit:** Wir sind präsent in den Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau
341 in Industriesektoren, fordern staatliche Unterstützung für Transformation und setzen uns für
342 einen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie ein. Bei den Tarifauseinandersetzungen im
343 öffentlichen Dienst, im Nahverkehr und bei der Post stehen wir an der Seite der
344 Beschäftigten und thematisieren die falschen politischen Weichenstellungen zu Lasten der
345 Beschäftigten.